

Resolution zur Zukunftsausrichtung der deutschen Minderheiten

Wir, Vertreter deutscher Minderheiten und Mitglieder der FUEN (*Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten*), die gemeinsam als AGDM (*Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten*) agieren und sich zur Jahrestagung in Berlin versammelt haben, wenden uns an die zuständigen deutschen Institutionen, besorgt um die Zukunft unserer Kultur, Sprache und Gemeinschaft in den MOE und GUS-Staaten.

In den meisten Ländern dieser Region wurden deutsche Minderheiten bis zur politischen Wende der 80er und 90er Jahre von den Grundsätzen des demokratischen Staates ausgeschlossen. Dies führte zur fehlenden rechtlichen Anerkennung der gesamten deutschen Gemeinschaft, machte eine institutionelle Tätigkeit unmöglich und war oftmals mit kultureller und sprachlicher Diskriminierung verbunden. Diese Situation führte in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zur Migration von Hunderttausenden Deutschen aus ihren Heimatländern nach Deutschland und zu erzwungener, so wie unbewusster Assimilation der verbliebenen Gemeinschaften. Unter den heutigen zahlreichen deutschen Minderheiten herrschen als Folge daraus ungenügende Deutschkenntnisse.

Dankbar haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Bundesrepublik Deutschland im Zuge der Umbrüche in diesem Teil Europas, sowohl in bilateralen Beziehungen, als auch in eigener Innenpolitik, offenkundig gemacht hat, dass sie unsere Gemeinschaften wahrnimmt und sich um den Erhalt ihrer materiellen und kulturellen Existenz bemüht. Die Bundesrepublik Deutschland hat die sozialpolitische Situation und die Nachkriegsverfolgung der Deutschen in den Ländern des gesamten Mittel- und Osteuropas in der Folge des Zweiten Weltkrieges anerkannt und die gemeinsame Verantwortung für die Überwindung dieser Konsequenzen übernommen. Mit Freude konnten wir beobachten, wie sich in der deutschen Politik die Überzeugung verankert hat, dass die Gemeinschaften der deutschen Minderheiten eine natürliche Brücke zwischen ihren Wohnsitzländern und Deutschland darstellen. Auf diesen, in den letzten 30 Jahren geschaffenen Voraussetzungen, basiert ein System zur Unterstützung unserer Gemeinschaften in vielen Bereichen, wie zum Beispiel Sprache, Bewahrung und Entwicklung der deutschen Identität, Jugendarbeit und Auf- und Ausbau von Selbstverwaltungsstrukturen der Minderheitenorganisationen. Dahinter steht die Überzeugung, dass nur sehr gut organisierte deutsche Gemeinschaften, die über eine

starke Identität verfügen, einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau der Zivilgesellschaft ihrer Länder und zur Pflege guter Beziehungen zum heutigen Deutschland leisten können.

Diese Ziele empfinden wir weiterhin als wichtig. Wir möchten aber gleichzeitig darauf hinweisen, dass wir uns als loyale Bürger unserer Länder ebenso als ein Teil der deutschen Kulturnation empfinden. Daher fordern wir das Recht auf eine besondere Unterstützung durch die deutsche Bundesregierung, in Bezug auf eine breitverstandene Kultur, die auf der deutschen Sprache basiert. Die Grundlage dafür ist sowohl ein angemessen entwickeltes Bildungswesen, das auf der deutschen Sprache beruht, als auch eine außerschulische Bildung, die im Leben der nationalen Minderheiten sehr wichtig ist.

Nach über 30 Jahren andauernder Unterstützung, die an unsere Gemeinschaften gerichtet war, sehen wir uns gezwungen festzustellen, dass viele hochgesteckte Ziele nicht realisiert werden konnten. Trotz bilateraler Bemühungen, Ratifizierung des "Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten" und der "Europäischen Charta für Regional- und Minderheitensprachen" wurden in vielen von uns bewohnten Ländern keine öffentlichen Bildungssysteme geschaffen, die uns eine wirksame Unterbrechung des Verlustprozesses, oder den Wiederaufbau der Rolle der deutschen Sprache im sozialen und familiären Leben ermöglichen könnten. Hingegen ist der Prozess der Identitätsübertragung weiterhin, aufgrund der häufig mangelnden Unterstützung in Form von Kulturinstitutionen, geschwächt. Die Handlungen, die zur Verbreitung der gegenwärtigen Kultur der Bundesrepublik Deutschland außerhalb ihrer Grenzen beitragen, sind elitärer Natur und erreichen oftmals nicht die Regionen, die von der Bevölkerung deutscher Herkunft bewohnt werden.

Alle unsere Gemeinschaften sind sich nach jahrelangen Erfahrungen darüber im Klaren, dass Sie ohne neue und bedeutsame Maßnahmen im Bereich der Bildung und Kultur und der Gründung von eigenen professionellen Institutionen bzw. Organisationen die Aufgabe der Aufhaltung des Verlustprozesses der kulturellen und sprachlichen Identität nicht bewältigen können.

In einer besonders schwierigen Situation befinden sich die zahlenmäßig kleinsten Gemeinschaften, die kaum eine praktische Unterstützung erhalten, oder deren Unterstützung nicht an ihre Möglichkeiten angepasst ist. Anstatt ihre Energie auf sprachliches, kulturelles und mediales Handeln richten zu können, sind sie gezwungen, ihre Energie auf die Bekämpfung von existenziellen Grundproblemen, wie z.B. die Unterhaltung eines Büros oder Ähnliches zu richten.

Anderen Schwierigkeiten sehen sich diejenigen Minderheiten gegenüber, die in den Ländern leben, wo weiterhin missgünstige Verhältnisse herrschen, welche auf einer

schwierigen Geschichte gegenüber dem Deutschtum basieren. Dort müssen die Minderheiten durch Medien und Bildung stark dieser Tendenz entgegenwirken. Die Beispiele der letzten Zeit aus Rumänien, Russland und Polen zeigen dieses Problem auf.

Wir wissen die Arbeit der vielen Mitarbeiter des BMI, AA und BKM zu schätzen und verstehen zugleich, dass die Knappheit an finanziellen Mitteln, über die sie für Minderheiten verfügen, es ihnen nicht erlauben, diese im ausreichenden Maße für Projekte zu bestimmen, die von den deutschen Minderheiten beantragt werden. Die fehlenden Mittel erlauben auch nicht, neue Systemhandlungen vorzunehmen, wie z.B. die breite Unterstützung der Bildung eines Vereinsschulwesens, oder eine professionelle Organisation von außerschulischer Bildung, da wo das Staatsschulwesen, bzw. öffentliche Schulwesen die Minderheitenbedürfnisse nicht deckt. Sie werden oft dazu gezwungen, die Unterstützung von neuen Initiativen abhängig vom Verzicht auf andere zu machen, die ebenso nötig sind. Es darf nicht sein, dass zum Beispiel die Weiterentwicklung der Jugendarbeit eine Verringerung von sozialen und allgemein zugänglichen Projekten erfordert.

Wir möchten darauf hinweisen, dass unsere Organisationen existieren und für deutsche Minderheiten arbeiten, deren Zahl aus verschiedenen Gründen nicht bestimmt werden kann. Wir dürfen nämlich die Zahl der Deutschen weder auf die Zahl der Mitglieder in Minderheitenorganisationen, noch auf die Zahlen, die während der Volkszählung angegeben werden, begrenzen. Mit Sicherheit überschreitet sie jedoch die oft in Deutschland angegebene Zahl von einer Million erheblich.

Die Tätigkeiten unserer Organisationen wirken sich auch auf die Mehrheit aus. Unsere sprachlichen und kulturellen Maßnahmen erleichtern erheblich die Integration von Tausenden Spätaussiedlern in Deutschland.

In Anbetracht des oben Genannten, appellieren wir an die Abgeordneten im Bundestag, eine bedeutende Erhöhung der Beträge, die im Haushalt der Bundesrepublik Deutschland für die Unterstützung deutscher Minderheiten bestimmt sind, zu veranlassen. Diese Mittel würden eine Diskussion zu den Möglichkeiten der Unterstützung der wichtigsten Bereiche und auch die Verbesserung der Unterstützung von z. B. baltischen (Litauen, Lettland, Estland) und Westbalkan-Staaten (Slowenien, Kroatien, Serbien) oder auch Republik Moldau, Georgien und anderen kleinen Gemeinschaften ermöglichen. Wir erbitten die Erhöhung der finanziellen Unterstützung vor allem.

Im Namen der AGDM hoffen wir auf fruchtbare Zusammenarbeit und Gespräche und darauf, dass möglichst viele Abgeordnete unserem Appell nachkommen werden. Wir sind zuversichtlich, dass es uns dadurch gelingt, die uns drohenden Prozesse

aufzuhalten und die Kultur und deutsche Sprache, die in vielen Gebieten seit Jahrhunderten präsent waren, zu bewahren, gemäß den Zielen der deutschen Politik, die negativen Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs im Leben der Deutschen in MOE- und GUS-Staaten aufzuhalten.

Verabschiedet in Berlin am 5. November 2019 im Rahmen der 28. Jahrestagung der AGDM